

Zeitschrift: Sprachspiegel : Zweimonatsschrift
Herausgeber: Schweizerischer Verein für die deutsche Sprache
Band: 33 (1977)
Heft: 2

Rubrik: Deutschsprachige Minderheiten in Westeuropa

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 20.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Deutschsprachige Minderheiten in Westeuropa

Im Kampf um die Menschenrechte alleingelassen

Die Minderheiten deutscher Sprache und Volkszugehörigkeit in den westeuropäischen Staaten sind fast ausnahmslos Opfer des Nationalsozialismus beziehungsweise des italienischen Faschismus. Das gilt besonders für die Südtiroler und die deutschen Sprachinseln in Oberitalien, die von Hitler der Freundschaft mit Benito Mussolini geopfert wurden und von den Italienern schon seit 1922 einem Unterdrückungsprozeß ohnegleichen ausgeliefert waren. Dasselbe gilt von den Elsässern und Lothringern, deren staatsrechtliche Zukunft nach 1940 vom nationalsozialistischen Deutschland offen gelassen wurde, die aber trotzdem als deutsche Staatsbürger zur Waffen-SS und schließlich auch zur Wehrmacht eingezogen wurden. Eine „Wiedergutmachung“ durch die Bundesrepublik Deutschland, der Rechtsnachfolgerin des ehemaligen Deutschen Reiches, erfolgte bis zur Stunde nicht.

Wenn wir uns hier in einem gerafften Überblick mit den deutschen Minderheiten in Westeuropa beschäftigen, so kann das sinnvollerweise nur gemeinsam mit den übrigen Minderheiten Westeuropas geschehen. Die Probleme der Basken, Katalanen, Bretonen, der keltischen Minderheiten in Wales und Nordirland, der Dänen im deutschen Südschleswig, der Schweden in Finnland, der französischen Aostaner in Piemont, der Ladinen und Slowenen in Oberitalien sind ähnlich gelagert wie die der Deutschen im dänischen Nordschleswig, der Deutschen in den Ostkantonen Belgiens, der Elsässer und deutschsprachigen Lothringer, der Südtiroler und des Streudeutschtums in Oberitalien. Sie alle leben in demokratischen Staaten, die zum Europarat oder sogar zur Europäischen Gemeinschaft gehören (die „demokratische Öffnung“ Spaniens nach Europa vorausgesetzt).

Für diese europäische Betrachtung auch der deutschen Minderheit spricht nicht zuletzt die Tatsache, daß die Bundesrepublik Deutschland (zuletzt auf der Helsinki-Konferenz 1975) auf alle Veränderungen ihrer Grenzen nach Westen verzichtet hat. Nordschleswiger, die deutsche Bevölkerung von Eupen-Malmedy, aber auch die Elsaß-Lothringer können nicht länger als „deutsche Irredenta“ bezeichnet werden. Auch die Republik Österreich hat auf eine Grenzkorrektur mit Italien im Falle von Südtirol verzichtet. Es kann heute also auch bei den deutschen Minderheiten bestenfalls um eine Autonomie, ansonsten um eine Wahrung ihrer Menschenrechte gehen. Die europäische Solidarität muß aber auch deshalb beschworen werden, weil die Bundesrepublik Deutschland — außer im Falle von Schleswig — keiner deutschen Minderheit in Westeuropa eine wirkliche Unterstützung angedeihen ließ: das gilt für die Deutsch-Belgier, besonders aber für die Elsaß-Lothringer, die der deutsch-französischen Freundschaft geopfert wurden, aber auch für die Südtiroler, denen gegenüber schon Kanzler Adenauer seine „Unzuständigkeit“ erklärte. (Österreich hat wenigstens Südtirol politisch und moralisch unterstützt; der Erfolg dürfte das Abkommen-„Paket“ sein, das zunächst das Überleben der Südtiroler gewährleistet.) Im Gegensatz zu den heute radikalisierten Basken, Katalanen, Bretonen und Nordiren bemühen sich die Deutsch-Belgier und Elsaß-Lothringer in ihrer überwiegenden Mehrheit, disziplinierte und untadelige Staatsbürger ihrer heutigen Staaten zu sein. Auch darin zeigt sich ihr historischer Hintergrund.

Im Jahre 1920 wurden durch eine manipulierte Abstimmung unter dem Druck der belgischen Besatzung die Kreise Eupen und Malmedy an Belgien angeschlossen. Die Mehrheit der Bevölkerung (auch in der Malmedyer Wallonie) blieb nach Deutschland orientiert. Der kurzfristige Anschluß an das Reich von 1940 bis 1944 lieferte neuen Stoff, die Deutschen Ostbelgiens nach 1945 einer französischen Assimilationswelle auszusetzen. Heute ist in sprachlicher und kultureller Beziehung die Lage der Bevölkerung der Ostkantone Eupen und St. Vith wieder besser. Im Gegensatz zu den Flamen und Wallonen, aber auch zur besonderen Region Brüssel, sind die sprachlichen Rechte der Deutsch-Belgier nicht durch die Gewährung einer vierten Region garantiert. Die Orientierung nach und die Verknüpfung der Verwaltung mit Verviers und Lüttich besteht fort, die Zweisprachigkeit wird oft zuungunsten der Deutschen verletzt.

Noch ungünstiger steht es um die hochdeutschen Bereiche Altbelgiens, wo um Arel (Arlon) und Montzen eine deutsche Minderheit lebt; im Gebiet von Arel wird in den Schulen kein Deutsch mehr gelehrt, in Montzen nur einige Stunden. Zurück bleibt der Dialekt, der sich gegen die französische Hochsprache nicht behaupten kann.

Elsaß-Lothringen

Im Elsaß, das dem alemannischen und fränkischen Sprachraum zugehört, und im fränkischen Lothringen wurde niemals eine Volksabstimmung über die Staatszugehörigkeit durchgeführt. Nach dem Hin und Her der letzten hundert Jahre zwischen Frankreich und Deutschland wird die staatsrechtliche Zugehörigkeit zu Frankreich heute kaum mehr in Frage gestellt. Ein Teil der Bevölkerung, besonders die jüngere Generation, hat sich durch das Fehlen eines hochdeutschen Unterrichts, der vor 1939 durch das Pfister-Poincaré-Abkommen gewährleistet war, weitgehend assimiliert. Der deutsche Dialekt — von den Franzosen als „patois germanique“ bezeichnet — wird aber immer noch von der Mehrheit der Bevölkerung verstanden und zu Hause gesprochen. Die Assimilierungspolitik Frankreichs mit ihrer «méthode directe», die bereits in der Kleinkinderschule angewandt wird, und die Industrialisierung und Urbanisierung haben besonders in Lothringen und in den großen Städten wie Straßburg, Kolmar und Mülhausen dazu geführt, daß eine breite Bevölkerungsschicht unter der jüngeren Generation heute weder das Französische noch das Hochdeutsche richtig beherrscht und auch der Dialekt oft verballhornt wird.

Die tausendjährige Geschichte des Elsaß und Lothringens wird in der Schule nicht gelehrt; *der junge Elsässer erfährt also nichts über die vielen Geistesgrößen, die seinem Gebiet entstammen und zur deutschen Kultur beigetragen haben.* Die politischen, kulturellen und wirtschaftlichen Entscheidungen fallen in Paris. Viele Elsässer wollen nach den Worten des Schweizers F. R. Allemann keine Minderheit sein. Aber sie wollen — wie die Basken, Katalanen, Okzitanen, Korsen und Flamen in Frankreich — ihre regionalen Rechte. Dazu gehört das Recht auf Zweisprachigkeit mit fakultativem Unterricht in Deutsch. Private Bemühungen erbrachten während der letzten Jahre eine Wiederbelebung des Dialekts, Hochdeutsch wird immerhin wenigstens in einigen Schulen und in privaten Kursen gelehrt. Aufs Ganze bleibt die sprachliche Situation aber höchst unbefriedigend. Es wird sich noch in diesem Jahrzehnt entscheiden, ob G. Müllers Aussage berechtigt ist: „Mir sin schints d’ledschte, die noch so babbele.“

Mit Unterstützung Österreichs, letztlich aber aus eigener Kraft und aus Selbstbehauptung, haben es die 250 000 Deutschen in der Provinz „Tiroler Etschland“ (Südtirol) fertiggebracht, eine weitere Assimilierungspolitik, Benachteiligung und Unterwanderung aus Südtalien zu stoppen. Das zwischen Bozen, Rom und Wien ausgehandelte „Paket“ gewährt eine begrenzte Autonomie ähnlich wie für Sizilien, Sardinien, das französische Aostatal und Julisch-Venetien.

Anders verhält es sich mit den deutschen Sprachinseln in Oberitalien, den letzten Resten des Deutschtums, das einst bis nach Verona (Bern) reichte. Wenigen Binnendeutschen ist auch nur die Existenz der Deutschen im Fersen- und Suganer Tal im Trentino, den „Kimbern“ der Dreizehn und Sieben Gemeinden vor den Toren Veronas, den Sprachinseln der Zahre in Karniens Bergland, in Bladen im obersten Piavetal, Tischlwang am Plöckenpaß und im jüngst von dem großen Erdbeben mit schwer heimgesuchten Kanaltal in Friaul bewußt. Schließlich sei auf die Walser-siedlungen um den Monte Rosa, im Pommatal und im Aostatal (Piemont) verwiesen, die ihre Kultur und Verbindung zum deutschsprachigen Oberwallis in der Schweiz bewahrt haben. Diese Sprachinseln sind seit über hundert Jahren einem ständigen Assimilierungsprozeß ausgesetzt; die Menschen dort haben keinerlei oder höchstens beschränkte Rechte im Hinblick auf Sprache, Kultur oder Verwaltungsautonomie. Die „Trienter Tiroler Volkspartei“ versucht im Rahmen der autonomen Region Trentino/Tiroler Etschland ihre Rechte zu vertreten.

Nordschleswig

Einigermaßen befriedigend wurden die Rechte und Möglichkeiten beiderseits der heutigen deutsch-dänischen Grenze geregelt: Die Deutschen in Nordschleswig haben ihre kulturellen Einrichtungen und wieder einen Vertreter im Kopenhagener Parlament. Die Dänen in Südschleswig sind im Kieler Landtag vertreten und haben ihre garantierten Rechte in Schleswig-Holstein. Für eine Minderheit, die zerstreut in einem Territorium lebt, kann diese deutsch-dänische Vereinbarung nach hundert Jahren Grenzlandkampf als gut, wenn nicht gar — gemessen an den Verhältnissen anderswo — als vorbildlich bezeichnet werden.

Deutschland trägt den meisten deutschen Minderheiten in Europa gegenüber eine historische und kulturelle Verantwortung, aus der es sich nicht davonstehlen kann. Warum sollen die während der letzten fünfzig Jahre ständig zwischen den Mühlsteinen zerriebenen deutschen Minderheiten nicht endlich auch zu ihrem Recht auf freie Entfaltung ihrer Eigenart kommen? Sollte es sich noch immer nicht herumgesprochen haben, daß gerade sie zu den besten Brückenbauern zwischen Deutschland und seinen Nachbarn gehören oder zumindest für diese Rolle prädestiniert sind?

Um eine gesicherte Zukunft der europäischen — und damit auch deutschen — Volksgruppen zu gewährleisten, ist es notwendig, endlich ein europäisches Volksgruppenrecht zu schaffen, das einklagbar ist. Die Selbsthilfeorganisation der europäischen Volksgruppen, die „Föderalistische Union europäischer Volksgruppen“ hat hier mit einem Kreis internationaler Fachleute gute Vorarbeit geleistet.

Rolf Sauerzapf (KK)